

„Nur Unternehmen, die resilient sind, haben eine Zukunft“

Gerhard Fehr, CEO von FehrAdvice & Partners und Behavioral Designer, spricht über die Folgen des Ukraine-Krieges, zu großzügigen staatlichen Förderungen und den Preis wirtschaftlicher Umbrüche.



Gerhard Fehr, Verhaltensökonom und CEO von FehrAdvice & Partners

In den vergangenen zwei Jahren hatten die österreichischen Unternehmen eine große Herausforderung zu bewältigen. Welche Folgen hat das für die Unternehmen?

Gerhard Fehr: Hier kann ich nur auf die aktuellen Zahlen der Statistik Austria verweisen: Die österreichische Wirtschaftsleistung ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 9,5 Prozent gewachsen. Das ist um 1,5 Prozent mehr als das Vorjahresquartal und um 0,5 Prozent über dem Vorkrisenniveau. Besonders gut lief das erste Quartal des Jahres für die Industrie, den Bau und den Handel. Das zeigt, dass die österreichische Industrie in den vergangenen Jahren ihre Hausaufgaben gemacht hat. Der Schlüsselbegriff war dabei Resilienz. Das bedeutet:

Die Unternehmen haben die Ereignisse angenommen, flexibel darauf reagiert und angesichts der guten Zahlen das Beste daraus gemacht.

Lassen sich die wirtschaftlichen Folgen durch den Ukraine-Krieg schon abschätzen?

Das ist noch Kaffeesudlesen. Aber ich kann Ihnen versichern, dass es für Europa, eigentlich für die ganze Welt und insbesondere für Russland sehr teuer werden wird.

Das heißt, wir müssen uns auf einen ökonomischen Winter einstellen?

Sagen wir, es wird frostiger. Zudem wird es für die Unternehmen sicher härter, ihren Wachstumskurs weiter beizubehalten. Aber gleichzeitig vertraue ich hier auf die Kreativität und die hohe Resilienz der europäischen Wirtschaft. Die vielen größeren und kleineren Krisen der vergangenen Jahrzehnte wie etwa die Dotcom-Blase, 9/11, Banken- und Eurokrise, die Pandemie und nun auch der Krieg in der Ukraine fordern uns und machen uns aber gleichzeitig stärker.

Wir lernen also aus Krisen?

Natürlich haben wir dazu gelernt. UNO, NATO, EU und die europäische Bankenunion sind alles positive Folgeerscheinungen von Krisen, die uns in den vergangenen Jahren stärker gemacht haben. Nach einer Phase der ungebremsten Globalisierung erkennen wir heute neben den vielen Vorteilen, wie etwa einer Kostenersparnis in der Produktion, nun auch die Nachteile, etwa wenn die globalen Lieferketten zusammenbrechen. Wir sehen heute, dass billige Energie eines diktatorischen Regimes auch einen hohen Preis haben kann. Das gibt uns für die Zukunft sicher zu denken.

Sollte man nicht alle Unternehmen so weit unterstützen, dass sie die Wende überleben?

Davon halte ich wenig. Es liegt im Wesen der Wirtschaft und auch des Wettbewerbs, dass nur jene überleben, die ihre Geschäftsmodelle fit halten. Greift hier der Staat ein, dann gibt es keine Evolution, sondern es wird nur der Status Quo betoniert. Natürlich ist es brutal, aber das ist die tägliche Realität in der Wirtschaft. Viele große Marken von einst gibt es heute nicht mehr. Denken sie in Österreich an Konsum, Niedermeyer, Maculan, Köck und die Alpine Bau. Diese einstigen Größen sind heute Teil der Insolvenzgeschichte. In erfolgreichen marktwirtschaftlichen Gesellschaften herrscht das Prinzip vor: Der Vorrang gilt dem Menschen – wir schützen Menschen, aber nicht Unternehmen, Industrien oder Arbeitsplätze.

Was machen wir bei den aktuellen Krisenbewältigungsstrategien falsch?

Trotz der bestehenden Evolution in kleinen Schritten handeln wir immer nach demselben Prinzip: Es kommt eine große Krise und wie das Amen im Gebet folgt der Ruf nach dem Staat. Dieser soll mit viel Geld die Wirtschaft und damit Arbeitsplätze retten. Doch Geld breit über alle Bevölkerungsschichten auszuschütten bringt wenige Effekte mit vielen Nebenwirkungen, die noch dazu sehr teuer sind. Eine weitere Folge ist, dass dadurch eine Erwartungshaltung geschürt wird, dass es der Staat am Ende schon richtet – dies ist natürlich falsch. Auf der anderen Seite erfahren dadurch meist jene zu wenig Förderung, die es wirklich notwendig hätten, während andere überfördert werden.

Ist die staatliche Unterstützung also Gift für eine wirtschaftliche Evolution?

Seit der Pandemie scheinen hier die Dämme in der Politik teilweise gebrochen und bei vielen Anlässen wird im Gießkannenprinzip Steuergeld ausgeschüttet, weil es vom Staat erwartet wird. Verhaltensökonomien haben das aber schon vor der Krise so prognostiziert. Aber wenn wir das noch länger so praktizieren, denn schädigen wir nicht nur die

„Obwohl Europa einer der größten Wirtschaftsräume am Globus ist, sind wir in unserer Einigkeit schwach.“

Gesamtwirtschaft, sondern senken nachhaltig unseren Wohlsand. Denn steigen die Leitzinsen und damit der Schuldendienst für die jeweiligen Staaten, könnte dies zur Destabilisierung des Wirtschaftsstandortes Europa beitragen. Wir benötigen eine bessere und effizientere Wirtschaftspolitik. Im Grunde wirtschaften wir heute auf Kosten der zukünftigen Generationen.

Haben die schwierigen letzten Jahre nicht auch positive Effekte mit sich gebracht?

Europa rückt teilweise wieder enger zusammen. Zudem überdenken wir auch die europäische Wirtschaftsstrategie, die im Grunde bisher Fragmente guter Absichten waren. Noch immer verfolgen die einzelnen Staaten in der EU ihre eigenen Ziele und nutzen die EU mehr als ein Vehikel, um diese Ziele durchzusetzen. Aber anders als die USA oder China haben wir keine gesamteuropäische Wirtschaftspolitik, die zum Beispiel definiert, welche strategische Infrastruktur es in Europa braucht und wie weit wir mit Handelspartnern wie etwa mit China und den USA zusammenarbeiten. Obwohl Europa einer der größten Wirtschaftsräume am Globus ist, sind wir im Vergleich zu den USA oder auch zu China in unserer Einigkeit schwach.

Das heißt, wir sollten wieder protektionistischer werden?

Nein, denn grundsätzlich bin ich der Überzeugung, dass die Globalisierung gut ist. Damit wurde in den vergangenen Jahrzehnten weltweit mehr Wohlstand geschaffen. Wir sollten aber wirtschaftliche Verflechtungen zulassen, ohne dabei abhängig zu werden, wie wir es derzeit zum Beispiel von russischem Gas sind. Damit werden wir erpressbar, und das nimmt nie ein gutes Ende. ■

Autor: Stephan Scoppetta